

Grüne: Körperverschletzung? ^{Wrt 31.7.86}

Staatsanwaltschaft soll gegen Landesregierung ermitteln

Stuttgart (lsw): Die Erklärungen des Stuttgarter Umweltministeriums zur radioaktiven Belastung von Heu und Grassilage nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl sind bei den Grünen im Stuttgarter Landtag auf heftigen Widerspruch gestoßen. Die „Ignoranz“ der Stuttgarter CDU-Regierung habe ein solches Maß erreicht, daß die Staatsanwaltschaft „von Amts wegen“ gegen die Verantwortlichen wegen vorsätzlicher Körperverschletzung ermitteln müßte, meinte der Grüne-Abgeordnete und Rechtsanwalt Rezzo Schlauch.

Bundes- und Landesregierung warf Schlauch vor, selbst mit juristischen Winkelzügen die Gefahren der Strahlenbelastung herunterspielen zu wollen. In „geradezu skrupelloser Art und Weise“ würden Bauern und Verbraucher getäuscht. Schlauch verurteilte insbesondere die Zustimmung des Landes zu einem „Schnellbrief“ von Bundesumweltminister Walter Wallmann, mit dem Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung kurzerhand und „kaltblütig“ außer Kraft gesetzt worden seien. In dem Brief vom 18. Juni habe Wallmann festgestellt, Kontaminationen von Stoffen „führen außerhalb bestehender betrieblicher Überwachungsbereiche“ bei den Eigentümern zu keinen besonderen Anzeige- oder Schutzpflichten.

Demgegenüber verwies Schlauch auf Messungen der Universität Konstanz vom Mai, wonach im oberschwäbischen Raum eingebrachtes Heu und Silage weit überhöhte radioaktive Werte aufwiesen. So seien beim ersten Schnitt Werte für Cäsium 137 und Cäsium 134 zwischen 1500 und 3000 Becquerel pro Kilogramm (Bq/kg) gemessen worden. Diese Meßwerte hätten sich, so Schlauch, bei Untersuchungen im Auftrag der Landesregierung bestätigt. Nach der Strahlenschutzverordnung des Bundes bedürfe der Umgang etwa mit Futtermitteln bereits dann einer strahlenschutzrechtlichen Genehmigung, wenn die spezifische Aktivität den Wert von 0,37 Bq/kg überschreitet. Dieser Wert sei bei dem in Oberschwaben und im Allgäu gewonnenen Heu zum Teil tausendfach überschritten worden.

Zugleich widersprach der Grüne-Politiker der Auffassung der Landesregierung, wonach nicht mit einer stärkeren Belastung von Milch und Fleisch zu rechnen sei, falls die Winterfütterung „nicht einseitig auf den ersten Schnitt ausgerichtet“ ist. Schlauch verwies auf eine Stellungnahme der Konstanzer Wissenschaftler, die nach den Messungen bei Heu und der Grassilage Probleme mit erhöhten Cäsiumwerten in Milch und Fleisch erwarten.

FR 31-7-86

100 000 Unterschriften gegen Atomkraftwerke

vs DÜSSELDORF, 30. Juli. Mehr als 100 000 Personen haben in Nordrhein-Westfalen bisher das von den Grünen, den Jungsozialisten, Jungdemokraten, kirchlichen Gruppen und dem Kinderschutzbund getragene Volksbegehren gegen die Atomkraftwerke unterschrieben und diese Unterschriften von den Einwohnermeldeämtern bestätigen lassen. Nach der nordrhein-westfälischen Landesverfassung sind in einem ersten Schritt nur 3000 Unterschriften wahlberechtigter Frauen und Männer erforderlich, um ein solches Volksbegehren einzuleiten, über dessen Zulassung die Landesregierung entscheiden muß.

Um diese Entscheidung vorzubereiten, hat es Anfang der Woche bereits ein Gespräch mit den Initiatoren des Volksbegehrens und Experten des Düsseldorfer Innenministeriums gegeben.

Trotz massiven Drucks der nordrhein-westfälischen SPD-Führung stehen die Jungsozialisten nach Mitteilung der Grünen noch immer „fest hinter dem Volksbegehren und arbeiten dort aktiv mit“. Der SPD-Landesvorstand hatte Ministerpräsidenten Rau schon vor zwei Wochen aufgefordert, in einem Schreiben an alle SPD-Funktionäre vor der Mitwirkung am Volksbegehren als parteischädigend zu warnen.

Strahlenwerte bei einigen Obstsorten noch erhöht

Rote und schwarze Johannisbeeren, Heidelbeeren sowie griechische Pfirsiche und griechische Nektarinen sind als Folge des Reaktorunglücks in Tschernobyl nach wie vor höher strahlenbelastet als andere Früchte. Dies ergaben – so die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg am Mittwoch – neueste Obstuntersuchungen im Lande. Der Cäsium-Gehalt von 60 Prozent aller untersuchten Johannisbeeren lag über 100 Becquerel pro Kilogramm (Bq/kg) mit einer höchsten Belastung von 199 Bq/kg. Der Cäsium-Spitzenwert griechischer Nektarinen betrug 226 Bq/kg, der griechischer Pfirsiche 139 Bq/kg. Die höchste Cäsium-Belastung wurde bei polnischen Heidelbeeren mit 981 Bq/kg gemessen. Abgesehen von der polnischen Heidelbeerprobe liegen die gemessenen Belastungen zwar unter dem gültigen EG-Grenzwert für Cäsium von 600 Bq/kg. Auch kleine Strahlendosen stellen jedoch eine Belastung für den menschlichen Organismus dar. Deshalb empfiehlt die Verbraucherzentrale, die höher belasteten Früchte vorsorglich nicht in größeren Mengen zu verzehren. Dies gilt insbesondere für Risikogruppen wie Schwangere, Stillende, Säuglinge und Kleinkinder. Geringere Belastungen scheinen Himbeeren, Stachelbeeren, Kirschen, italienische Pflaumen und Melonen aufzuweisen. Wie die neuesten Gemüseprobenuntersuchungen zeigen, sind die derzeit auf dem Markt befindlichen Gemüsesorten nur sehr gering bis überhaupt nicht belastet. lsw

Wrt, 31.7.86

FR, 30.7.86

Die Eltern vom Sylter Weg geben sich mit amtlichen Messungen nicht zufrieden

Amtsärztin Gundula Chemnitz von der hannoverschen Gesundheitsbehörde wußte sofort ganz genau, daß keinerlei Gefahr für die Gesundheit bestand — „absolut keine“, wie sie sowohl der Leitung der Kindertagesstätte Sylter Weg als auch dem Elternbeirat versicherte. Es war Ende Mai, vier Wochen nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl, drei Wochen nach den radioaktiven Regenfällen in Niedersachsen. Viele besorgte Eltern und Erzieher anderer Kindergärten, Tagesstätten (Kita) und Schulen erhielten damals gleiche oder ähnliche amtliche Auskünfte. Die meisten gaben sich damit zufrieden. Die vom Sylter Weg blieben skeptisch — mit Recht, wie sich jetzt herausstellte.

Nach den Regenfällen hatte sich die Kita-Leitung auf Bitten der Eltern entschlossen, die Kinder vorläufig nicht im Freigelände spielen zu lassen; zunächst sollte geklärt werden, ob Gesundheitsschäden zu befürchten seien. Der Elternbeirat beauftragte einen beim Katastrophenschutz tätigen Strahlenschutzfachmann, Messungen auf dem Gelände vorzunehmen. Der Experte H. ermittelte Spitzenwerte bis zu 18 000 Becquerel je Quadratmeter und riet dringend, die hochbelastete oberste Erdschicht zu

entfernen. Das städtische Gartenamt, um die Dienstleistung gebeten, erklärte sich bereit, Voraussetzung sei eine Weisung des Gesundheitsamtes.

So kam es, daß sich Amtsärztin Chemnitz einschalten mußte. Sie erteilte nicht die von ihr erbetene Weisung, sondern beauftragte statt dessen ihrerseits einen Strahlenschutzfachmann der hannoverschen Feuerwehr. Sie wußte nämlich nicht nur, daß „absolut keine“ Gefahr bestand, sondern auch, daß Experte H. vom Katastrophenschutz falsch messe, wie sie dem Vorsitzenden des Elternbeirats, Reinhard Bader, selbstbewußt erklärte.

Feuerwehrmann Ha., der nun richtig messen sollte, erteilte bei seinem Besuch in der Kindertagesstätte, noch bevor er sein Handmeßgerät ausgepackt hatte, die klare Auskunft, auf dem Gelände gebe es keine erhöhte radioaktive Belastung. Nachdem er „in Windeseile“ (Bader) gemessen hatte, bekräftigte Ha. diesen Befund. In einem Aktenkoffer hatte er auch viel beruhigendes Schrifttum bei sich. Er versicherte, es bestehe keinerlei Anlaß, die Kinder nicht wieder draußen spielen zu lassen. Durch gemeinsamen Beschluß folgten Kita-Leitung und Elternbeirat dieser Emp-

fehlung. Vorsorglich säuberten sie jedoch selbst das Gelände und trugen — vor allem in Bodensenken — Erde, Sand und Laub ab. Bader schickte Proben mit der Bitte um Begutachtung an das Niedersächsische Institut für Radioökologie, das der Universität Hannover angegliedert ist.

Drei Wochen später meldete sich der mit der Analyse beauftragte Mitarbeiter des Instituts: Die Proben enthielten hohe Cäsium- und Ruthenium-Konzentrationen. Daher sei anzuraten, fünf bis zehn Zentimeter Erdboden abzutragen und den Sand in den Spielkästen auszutauschen. Ein schriftlicher Befund werde folgen, wenn der Institutsleiter, Professor Walter Kühn, von einer Dienstreise zurückgekehrt sei.

Es wurde Juli. Neue Schwierigkeiten traten auf. Inzwischen, teilte der zurückgetretene Institutsleiter mit, sei er von der Landesregierung angewiesen worden, je Probe 240 Mark Gebühren zu kassieren; für die in diesem Fall untersuchten drei Proben wären das also zusammen 720 Mark. Kühn versuchte den Vertreter der Eltern zum Verzicht auf einen schriftlichen Befund zu bewegen. Nachdem er sich schließlich doch bereit gefunden hatte, ein Gutachten zu

Papier zu bringen, überraschte er die Eltern mit einer Interpretation der Meßergebnisse, die wesentlich günstiger klang als die seines Mitarbeiters. Durch Bodenstrahlung, erklärte er, sei die Gesundheit der Kinder nicht gefährdet. Anders verhalte es sich freilich, wenn die Kinder etwa durch kleine Verletzungen Staubpartikel in den Körper aufnahmen. Professor Kühn stellte „deshalb anheim, den Sand vorsorglich auszutauschen“.

Amtsärztin Chemnitz hatte Ende Juni die Meßergebnisse des Feuerwehr-Experten Ha. übermittelt: Die Strahlenbelastung habe am 27. Mai zwölf bis 14 Becquerel je Kilogramm Sand betragen, hieß es in ihrem Schreiben. Die vom Niedersächsischen Institut für Radioökologie festgestellten Werte sind um ein Vielfaches höher: In einer der drei Proben (Sand mit Laub vermischt) wurden zum Beispiel 751 Becquerel Ruthenium (Ru) 103, 354 Bq. Ruthenium 106, 384 Bq. Cäsium (Cs) 134 und 749 Bq. Cäsium 137 ermittelt sowie weitere Spaltprodukte.

Verunsichert durch manche Widersprüche wandte sich Reinhard Bader als Vertreter der Eltern an die Medizinische Hochschule Hannover und bat um Stellungnahme zu den von Professor

Kühn übermittelten Meßwerten. Das Institut für Hämatologie-Onkologie (Blutkrankheits- und Krebsforschung) antwortete unter Hinweis auf die lange Halbwertszeit von Ru 196 und vor allem von Cs 137: „Sicherlich ist die Akutbelastung durch direkte Bestrahlung rechnerisch gering, doch die Hauptgefahr besteht in der Möglichkeit der Aufnahme in den Körper. Dabei wird Ru 106 statt Eisen z. B. in die blutbildenden Zellen des Knochenmarks und Cs 137 in die Muskulatur eingebaut. Inkorporationsmöglichkeiten ergeben sich beim Spiel der Kinder z. B. durch Inhalation vom Staub oder direkte Aufnahme durch den Mund z. B. beim Verzehr von Lebensmitteln mit verschmutzten Händen. Der biologische Langzeiteffekt dieser Belastung muß als sehr ernst eingeschätzt werden ...“

Medizinalrätin Chemnitz aber wußte in ihrem Brief vom 23. Juni ganz genau: „Deutschland lag glücklicherweise sehr im Randgebiet des von Tschernobyl mit Wind und Regen verteilten Staubes, so daß die Strahlenbelastung praktisch in die Variationsbreite der natürlichen Strahlenbelastung einging und eine gesundheitliche Gefährdung nicht besteht.“ ECKART SPOO (Hannover)